



LANDTAG  
Rheinland-Pfalz

18/4805

VORLAGE

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des  
Landtags Rheinland-Pfalz  
Herrn Hendrik Hering  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3595  
Poststelle@mdi.rlp.de  
www.mdi.rlp.de



November 2023

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
Bitte immer angeben!		Max Gieltowski max.gieltowski@mdi.rlp.de	06131 16-3210 06131 16-17-3210

**Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 31. Oktober 2023**  
**TOP 3: Digitale Gewalt an Frauen**  
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT  
- Vorlage 18/4652 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 31. Oktober 2023 wurde die Übersendung des Sprechvermerks zu TOP 3 „Digitale Gewalt an Frauen“ zugesagt. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Sprechvermerk den Mitgliedern des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Ebling

Anlage



## **Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 31. Oktober 2023**

### **TOP 3: Digitale Gewalt an Frauen**

Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 18/4652 -

Das Thema Deepfakes / Deepnudes ist in Rheinland-Pfalz als Phänomen im Zusammenhang mit dem Begriff „digitale Gewalt“ grundsätzlich bekannt.

Aussagen zur Kriminalitätsentwicklung erfolgen regelmäßig auf der Grundlage der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Diese ist bundesweit gültig und unterliegt einheitlichen Erfassungs- und Qualitätskriterien.

Bezogen auf den Phänomenbereich Deepfakes / Deepnudes können auf der Basis der PKS keine Aussagen getroffen werden, da diese keine Erfassung hierfür vorsieht.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass das Phänomen vielfältige Ausprägungen hat und infolge dessen komplex und schwer zu überschauen ist. Daher wird die Gesamthematik - und hier insbesondere mögliche Auswirkungen neuer KI-Technologien - von der Polizei fortlaufend beobachtet und steht damit im Fokus aller damit befassten polizeilichen Sachbereiche, also der Ermittlungsstellen und der Organisationseinheiten mit entsprechenden einsatz- und ermittlungunterstützenden Aufgabenstellungen.

Zudem ist aktuell die Polizei Rheinland-Pfalz im Rahmen des Projekts „KriBe 5.0 – Kriminalitätsbekämpfung der Zukunft“ dabei, die Kriminalitätsbekämpfung in Rheinland-Pfalz neu auszurichten. Das Projekt analysiert neben technischen und ausstattungs-basierten Verbesserungsmöglichkeiten auch den Einsatz von Personal sowie aufbau- und ablauforganisatorische Prozesse. In diesem Analyseprozess werden neue Phänomene wie z. B. „Deepfakes“ entsprechend berücksichtigt.

Die Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz (HdP) hat die fachliche Expertise zu digitalen Ermittlungen und Phänomenen hinsichtlich Cybercrime in einem Fachgebiet





als zentrale Organisationseinheit zusammengeführt und vermittelt den aktuellen gesellschaftlichen, rechtlichen und deliktischen Entwicklungen folgend einschlägige Informationen im Rahmen von zielgruppenspezifischen Aus- und Fortbildungsangeboten.

Die gegenwärtigen Maßnahmen haben auch eine präventive Zielrichtung und befassen sich mit der Aufklärung und Sensibilisierung zur Thematik.

Speziell zum Thema Deepfakes gibt es eine Informationsseite der Polizei.

Weiterhin werden für eine Vielzahl der Erscheinungsformen digitaler Gewalt auf der Internetseite der Leitstelle Kriminalprävention des Ministeriums des Innern und für Sport unter der Rubrik „Cybersicherheit“ bei „Gefahren in sozialen Netzwerken“ bzw. „Schutz soziale Netzwerke“ (Präventions-) Hinweise zu den Phänomenen gegeben.

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) stellt außerdem Informationsmaterialien zu den Themen Cybercrime, Häusliche Gewalt und Stalking zur Verfügung und zeigt Rechte und Hilfsangebote für Opfer auf.

Darüber hinaus werden sowohl polizeiintern als auch -extern regelmäßig Vorträge im Bereich Cybersicherheit angeboten.

Mit dem Projekt „Schutz vor digitaler Gewalt unter Einbeziehung der Datensicherheit im Frauenhaus“ entwickelte die Frauenhauskoordinierung ein Schutzkonzept gegen digitale Gewalt in Frauenhäusern. Dadurch soll den Bewohnerinnen und Bewohner und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die sichere Nutzung digitaler Medien in Frauenhäusern ermöglicht werden. Weitere Informationen sind auf der Website „[frauenhauskoordinierung.de/arbeitsfelder/digitale-gewalt](https://frauenhauskoordinierung.de/arbeitsfelder/digitale-gewalt)“ zu finden.



Die Polizei hat im Umgang mit Opfern eine besondere Verantwortung, denn sie ist häufig die erste formelle Instanz, an die sich Opfer nach einem schädigenden Ereignis wenden.

Der behutsame Umgang mit Opfern einer Straftat ist damit ein wichtiger Bestandteil polizeilicher Arbeit in Rheinland-Pfalz. Opfer, Zeugen und Angehörige erwarten von der Polizei neben der Aufklärung von Straftaten auch Unterstützung und Hilfe. Dazu gehört beispielsweise im Zusammenhang mit Deepfakes die Handlungsempfehlung an Betroffene, eine Löschung der Daten beim Medienanbieter zu veranlassen. Weiterhin werden Opfer und Geschädigte über ihre Rechte, über den Fortgang des Verfahrens, Möglichkeiten der Opferentschädigung und Opferhilfeeinrichtungen informiert.

Insgesamt zielt der polizeiliche Opferschutz insbesondere darauf ab, Schutz und Hilfen anzubieten, die Tatfolgen zu mindern, eine sekundäre Viktimisierung zu vermeiden, die individuelle Krisensituation zu entspannen sowie professionelle Hilfe zu vermitteln.

In Rheinland-Pfalz sind in allen Polizeipräsidien überwiegend psychosoziale Fachkräfte, wie z. B. Sozialarbeiterinnen, als polizeiliche Opferschutzbeauftragte eingestellt. Diese unterliegen keinem Strafverfolgungszwang, sodass eine Beratung auch ohne Anzeigeerstattung möglich ist. Die polizeilichen Opferschutzbeauftragten führen eine kompetente Beratung mit einem lösungsorientierten Ansatz durch, der sich an den Bedürfnissen des Gegenübers orientiert.

Die polizeilichen Opferschutzbeauftragten vermitteln in diesem Zusammenhang Opfer gezielt an spezialisierte Hilfsorganisationen, um die Folgen von Straftaten so gut wie möglich abzumildern.